

28.03.2012: Die OECD schlägt Alarm: Der spürbare Wirtschaftsabschwung in vielen Industrieländern habe schwere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In ihrer Arbeitsmarktstudie vom Herbst 2011 geht sie davon aus, dass in absehbarer Zeit keine neuen Jobs geschaffen werden. In den 30 OECD-Mitgliedsländern waren Mitte vergangenen Jahres bei einer Arbeitslosenquote von 8,2% insgesamt 44,5 Millionen Menschen ohne einen Job; 13,4 Millionen mehr als vor der Krise 2009.

Auch der World of Work Report 2011 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) weist darauf hin, dass die Beschäftigung nach dem Kriseneinbruch 2008/09 längst nicht neu aufgebaut ist. Dem Bericht zufolge müssten in den nächsten zwei Jahren global 80 Millionen Jobs geschaffen werden, um die Vorkrisenbeschäftigung von 2007 zu erreichen (27 Millionen davon in den entwickelten Ökonomien). In Europa fehlen 4,5 Millionen Arbeitsplätze im Vergleich zum Vorkrisenstand. Nach Ansicht von Juan Somavia, dem Generaldirektor der ILO, „stehen wir seit Mitte 2011 am Rande einer globalen Arbeitsmarktrezession, die ein ganzes Jahrzehnt andauern könnte – ein dann verlorenes Jahrzehnt“ (zit. nach SZ, 3.11.11). Und er befürchtet in diesem Zusammenhang „katastrophale soziale und politische Folgen“. Nach dem Bericht der ILO steigt in 45 der 119 untersuchten Länder die Gefahr sozialer Unruhen, insbesondere in der EU und in den arabischen Ländern.

Diese negative Arbeitsmarktentwicklung lässt sich in der EU-27 und im Euroraum gut nachvollziehen. Im Februar 2012 stieg die Arbeitslosigkeit auf knapp elf Prozent – so hoch wie nie. Die neue Krise der Beschäftigung im Rahmen der Rezession in der Eurozone setzt auf einen weit höheren Arbeitslosensockel auf als in der Rezession 2008/09. Die Arbeitslosenquote ist auch in den so genannten Aufschwung-Jahren 2010 und 2011 weiter gestiegen. Sie lag im Januar 2012 mit 10,1 in der EU um 3,2 Prozentpunkte über dem Niveau von Januar 2008 – eine Steigerung um 46%%. Besonders stark ist der Anstieg in den Peripherie-ländern, die mit dem EU-Spardiktat schon vor Monaten in die Rezession getrieben wurden (siehe Grafik).

Keine Arbeit, keine Zukunft

Niemand leidet jedoch mehr unter der Krise als die Jugend Europas: Sie hat keine Arbeit, keine Zukunft. Ihr wurden die Lebensentwürfe zerstört.

Knapp ein Viertel – 22,4% - der europäischen Jugendlichen zwischen 15 bis unter 25 Jahren in der Europäischen Union hat weder Job noch Ausbildungsplatz. Gut ein weiteres Viertel muss mit prekärer Beschäftigung vorlieb nehmen. Im Verlauf der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ist die Jugendarbeitslosigkeit in der EU-27 um 48% bis Januar 2012 gestiegen. In den Peripherieländern hat sie sich verdoppelt bis verdreifacht. In Spanien und Griechenland ist inzwischen jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit; in Portugal und Italien ist es jeder dritte. Eine verlorene Generation. Einzig in Deutschland ist sowohl die Gesamtarbeitslosigkeit als auch die Jugendarbeitslosigkeit gesunken. Ein Grund liegt im höheren Anteil an prekärer Arbeit.

In Europa sind mittlerweile 5,5 Millionen junge Menschen zum Nichtstun verurteilt. Millionen, die besser ausgebildet sind als Generationen vor ihnen, bessere Sprachkenntnisse haben und besser mit den neuen Technologien umgehen können. Und die vor allem kreativ arbeiten und ihr Leben planen möchten. So aber sind sie arbeitslos, chancenlos, perspektivlos. Dabei sollen sie einmal die Schulden abtragen, die ihnen die „Bankenretter“ und politischen Konzernwohltäter hinterlassen haben, die Zinsen für Staatsanleihen bezahlen, die an die Kinder reicher Eltern vererbt wurden, das Rentensystem finanzieren ...

Es ist eine gigantische Vergeudung von produktiven und schöpferischen Potenzial, das hier durch die weitgehende Brachlegung einer Generation vonstatten geht. Es ist ein Verbrechen an diesen Jugendlichen, sie nicht an die Möglichkeiten ihrer Phantasie und Kreativität heranzuführen.

Geldreichtum blockiert Wirtschaftskreislauf

Und warum das alles, weshalb der Mangel an bezahlter Arbeit? Nicht deshalb, weil die Gesellschaft zu arm ist, sondern weil ein Prozent der Gesellschaft zu reich ist. Dieses eine Prozent hat knapp die Hälfte des gesamten Geldreichtums vereinnahmt (siehe dazu: isw-spezial 26, „Die Herren des Geldes“; <http://www.isw-muenchen.de/>). Diese Minderheit des Geldadels saugt über die Zinsen fast das gesamte volkswirtschaftliche Mehrprodukt auf. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist aber nicht nur ein soziales und ethisches Problem. Es wird zu einem wachsenden Problem des volkswirtschaftlichen Kreislaufs und der Konjunktur. Denn diese Geldreichen investieren immer weniger in reale Produktion, weil aufgrund fehlender volkswirtschaftlicher Nachfrage - Reallohnabbau – ihnen dort die Renditen zu mickrig sind. Deshalb stecken sie ihren Geldüberfluss via Fonds und professionelle Vermögensverwaltung in die Finanzmärkte – zur höheren Verzinsung. Ihre Finanzmarktkarussells und Spekulationsräder aber sind die Vorboten der nächsten Finanzkrise. Für die Öffentliche Daseinsvorsorge, für ökologische und Infrastrukturinvestitionen in der Realwirtschaft aber fehlt diese kaufkräftige Nachfrage. Diese Blockade der Geldvermögensbesitzer muss durchbrochen werden. In dem Maße, wie es über eine wirksame Besteuerung gelingt, den Reichtum abzuschöpfen und über öffentliche Nachfrage in mehr Öffentlichen Dienst, für Bildungsinvestitionen, für die Energiewende und den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu verwenden, steigen auch die Arbeits- und Zukunftschancen der jungen Generation. Jede Milliarde, die den Geld-Millionären weggesteuert wird, bedeutet eine Milliarde weniger Finanzmarkt-Spekulation und auf der anderen Seite ein Mehr an öffentlichen Investitionen.

Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen dafür, dass sich die Generation, die zu null Arbeit, null Sicherheit, null Perspektive vergattert ist, nicht zur Null-Bock-Generation stempeln lässt und resigniert. Die „Bewegung der Plätze“, die Occupy-Bewegung, die Proteste der Empörten (Indignados) und der Aktionen „Echten Demo-kratie Jetzt“ - sie alle skandieren: „Wir sind die 99%“. Das sind hoffnungsvolle Anzeichen in immer mehr Ländern. Angefangen von Nordafrika, über Europa, die USA bis ins ferne Chile. Großes Interesse für drei Aktivisten der chilenischen Protestbewegung, die in zehn Städten der BRD über ihre Erfahrungen berichteten. Karol Cariola, die Vorsitzende der Kommunistischen Jugend Chiles, betonte bei ihrem Auftritt im Münchner Gewerkschaftshaus, dass die Proteste tief in der chilenischen Gesellschaft verankert sind: Sie „sind das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses, in dem die Wut gewachsen ist“. Und: „Wir werden nicht aufhören, bis wir endlich echte Demokratie haben“. Camilla Vallejo, Vizepräsidentin des chilenischen Studentenverbandes FECH ergänzte: „Viele Faktoren spielen eine Rolle, aber der wichtigste ist die Erschöpfung des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Niemand glaubt mehr an die falschen Versprechungen und die Menschen spüren den Missbrauch. Sie merken, dass sie, auf gut chilenisch, beschissen werden. Sie haben diese Situation lange ausgehalten, aber jetzt nicht mehr. Die heutige Generation hat tatsächlich keine Angst mehr, gegen eine Diktatur zu demonstrieren. Wir sind des Systems überdrüssig, das uns unterdrückt und die Menschen ausraubt“.

Fred Schmid, [isw](#) Grafik: Bernd Bücking

Vorabdruck aus dem isw-wirtschaftsinfos 46 "Bilanz 2011 – Ausblick 2012", das am 16. April 2012 erscheint. In 17 Schwerpunkten u.a. Löhne, Produktivität, Gewinne, Steuern, Staatsverschuldung, Reichtum – Armut, Arbeitslosigkeit, Renten wird die soziale Lage in Deutschland und an Hand von Vergleichsgrafiken und -tabellen in der EU/Eurozone untersucht. Ein Schwerpunkt liegt diesmal auf der Verteilungsfrage.